

# 1. ECKPUNKTE AM AGRARSEKTOR IN DER STEIERMARK 2004/2005

## 1.1. Eckpunkte am Agrarsektor 2004

### Neues Landwirtschaftskammergesetz

Das Landwirtschaftskammergesetz wurde in wichtigen Bereichen modernisiert. Die Novelle trat am 23. Oktober 2004 in Kraft. Sie stärkt die Selbstverwaltung der Landwirtschaftskammer sowie die kleineren in der Vollversammlung vertretenen Fraktionen. Das Wahlalter wurde auf das vollendete 16. Lebensjahr festgesetzt.

### Bundestierschutzgesetz

Das im Mai 2004 beschlossene Bundestierschutzgesetz löste 2005 die neun Landesgesetze ab. Die neuen Übergangsfristen, teilweise bis zum Jahr 2020, ermöglichen es den Bauern, sich auf neue Bedingungen langfristig einzustellen. Das bereits 2008 anlaufende Verbot für Käfighaltung von Legehennen bildet eine Ausnahme.

### Mineralölsteuerrückvergütung

Die Vergütungsregelung trat mit 1. Jänner 2005 in Kraft. Die Mineralölsteuervergütung bekommen Landwirte für Dieselöl, welches zum Antrieb von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten für land- und forstwirtschaftliche Zwecke verwendet wurde. Die Land- und Forstwirte können jedes Jahr zwischen zwei Rückvergütungsverfahren wählen.

### Harmonisierungen des Pensionsrechtes

Mit der Schaffung des allgemeinen Pensionsgesetzes wurde das Pensionssystem auf neue Beine gestellt. In der Pensionsversicherung wurde im Jahr 2004 ein einheitlicher Beitragssatz in der Höhe von 22,8 Prozent festgelegt. Für bäuerliche Versicherte und Selbständige erfolgt eine Ausgleichsleistung durch den Bund, sodass sich für Bauern ein Eigenbeitragssatz von 15 Prozent ergibt.

Die Pensionsberechnung erfolgt nunmehr auf Basis des Pensionskontos, auf welchem 1,78 Prozent der jährlichen Bemessungsgrundlagen aufscheinen. Die bisherige Berechnung der Pension aufgrund der „besten 15 Jahre“ wurde durch das „System des Lebensdurchschnittsverdienstes“ abgelöst.

### **Umsetzung der Agrarreform 2003**

In der Diskussion um die neue Agrarreform ging es im Jahr 2004 vor allem um die Umsetzung der „einzelbetrieblichen Zahlung“, die auf einem Referenzbetrag während eines Zeitraums von 2000 bis 2002 basiert. Im April 2004 wurden die EU-Durchführungsverordnungen und im August 2004 die nationale Durchführungsverordnung dazu geschaffen. Dazu war es notwendig, vor allem Grenzwerte für Härte- und Sonderfälle zu definieren. Im Besonderen wurden die Themen „Kürbisflächen“ und „Komprimierung von Grünland“ bzw. „Milchprämien“ diskutiert.

### **EU-Erweiterung**

Neben der GAP-Reform war die EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 das agrarpolitische Hauptthema des Jahres 2004. Im Jahresverlauf 2004 waren die Auswirkungen des Beitritts nicht gravierend spürbar.

## **1.2. Eckpunkte am Agrarsektor 2005**

### **EU-Haushalt 2007–2013**

Nach einigen Anläufen einigten sich die 25 Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union am 16. Dezember 2005 auf das Budget der EU für die Jahre 2007 bis 2013. Der erzielte Kompromiss beinhaltet ein Gesamtbudget der EU 27 (einschließlich der zukünftigen Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien).

### **Verordnung Ländliche Entwicklung**

Am 2. November 2004 startete offiziell die bundesweite Diskussion über die Reform der Verordnung zur Ländlichen Entwicklung. Es zeichnete sich eine Achsen-Dreiteilung der Fördermaßnahmen ab, wobei es einen genauen Aufteilungsschlüssel in der vom Agrarministerrat im Juni 2005 beschlossenen Verordnung gibt. Damit wurde gewährleistet, dass die wesentlichen Maßnahmen aus der Periode 2000–2006, wie die Bergbauern-Ausgleichszulage oder das Umweltprogramm, weitergeführt werden können.

### **Energiepolitik**

Der Weltmarktpreis für Rohöl war im September 2005 mit über 60 \$ je Barrel fast dreimal so hoch wie Ende 2001. Umso wichtiger ist es, dass die österreichische Land- und Forstwirtschaft zum Energieproduzenten avanciert. Mehr als 52.000 Hack-schnitzel- und Pelletsheizungen mit einer Gesamtleistung von mehr als 2.500 Megawatt sind österreichweit installiert. Holz- und andere Biomasseheizkraftwerke mit einer Leistung von 280 Megawatt sind genehmigt. Bis Ende 2004 wurden 130 Biogas-anlagen errichtet und weitere 150 genehmigt. 2006 werden österreichweit 80.000 Haushalte mit Strom aus Biogas versorgt.